Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 183 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Redaktionsanschlüsse von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 5. Mai

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 50 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 2.60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Das Reichswehrministerium macht bekannt, daß nicht der Ruhr keine Reichswehr, sondern nur Sicherheitspolizei verwendet werden soll.

* Im Reichspostministerium fanden gestern Sonderverhandlungen mit den Postbüroarbeitern statt. Der Deutsche Transportarbeiterverband fordert eine Heraufsetzung sämtlicher Grundlöhne um 40 Prozent.

* Der Streik der Bankangestellten der Großbanken ist in ganz Mittel- und Niedersachsen bis auf Leipzig, das sich heute anschließen dürfte, vollständig. Es streiken etwa 4000 Beamte im Streik.

* Millerand beabsichtigt, sich in der nächsten Woche nach London zu begeben, um mit Lloyd George über das Programm von Spaa zu verhandeln.

* In Madrid kam es am Montag zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei. Zwei Arbeiter wurden getötet.

Die deutsche Polennote

gegen die polnischen Raubabsichten.

Berlin, 4. Mai.

In der Angelegenheit der durch die Veröffentlichung der geheimen Dokumente bereits bekannten polnischen Gewaltpläne in Oberschlesien ist dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, folgende Note übergeben worden:

„Nach den Ereignissen der letzten Wochen in Oberschlesien sieht sich die deutsche Regierung für verpflichtet, die Aufmerksamkeit der interalliierten Kommission auf die Tätigkeit der polnischen revolutionären Organisationen zu lenken, welche eine gewaltsame Umwälzung in Oberschlesien zugunsten der Polen anstreben. Die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Unterlagen enthalten die polnischen Umsturzpläne einwandfrei fest, so zum Beispiel der Befehl des Komitees zum Schutze Schlesiens, Organisationsabteilung, vom 12. April 1920 (Nr. 408, Beschluß 20), in dem zur gewaltsamen Vereinigung Oberschlesiens mit dem polnischen Staat aufgefordert wird. Die Schaffung einer Verschwörung und eines polnischen Aufstandes wird hierin im einzelnen vorbereitet und das Verhalten gegenüber der interalliierten Kommission festgelegt, damit aller Verdacht von den Polen abgelenkt wird, die sofortige Mobilisation der polnischen Militärorganisationen in den acht oberschlesischen Kreisen, nämlich Beuthen, Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Tarnowitz, Myslowitz, Oppeln und Rybnik, angeordnet. Ich beehre mich, sieben Photographien der Originalbefehle, und sieben Uebersetzungen der Dokumente beizufügen.

Die deutsche Regierung glaubt nicht fehlzugehen in der Voraussetzung, daß nach den Bestimmungen und dem Geiste des Friedensvertrages es eine der wesentlichsten Aufgaben der interalliierten Kommission darstellt, eine gerechte, in Ruhe und Ordnung sich vollziehende Abstimmung unparteiisch vorzubereiten und daher jeden Versuch einer gewaltsamen Veränderung der politischen Verhältnisse in Oberschlesien zu verhindern. Es bedarf wohl keiner Betonung, daß eine Kampforganisation, wie es die durch die Dokumente aufgedeckte Organisation ist, mit diesen Grundsätzen nicht in Einklang steht und demzufolge ihr Wirken und ihre Ziele nicht die Billigung der interalliierten Kommission finden können.

Die deutsche Regierung hält es für ihr Recht und ihre Pflicht, darum zu ersuchen, daß die interalliierte Kommission in Oppeln mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten patriotischen polnischen Vereinen geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Personen gegen die Bestimmungen des Artikels 88, Anlage, Paragraph 3, Absatz 5, des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterliegen müssen.

Von den deutschen Geschäftsträgern in London, Paris und Rom wird den dortigen Regierungen von obenstehender Note Kenntnis gegeben werden."

*

Breslau, 4. Mai.

In Oppeln ist heute wieder alles ruhig. Das polnische Konsulat ist von Ententetruppen besetzt. Die Zwischenfälle haben sich nicht wiederholt. Die Tötung des Polen bestätigt sich nicht.

Auch in Beuthen herrscht völlige Ruhe. Wie die Gefangenen in den Gefängnis in den Besitz von Waffen gelangt sind, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es ist anzunehmen, daß unter den Gefangenen sich Polen befanden und daß diese von ihren Volksgenossen Waffen erhielten.

Die Erregung in ganz Oberschlesien hält an und kam in verschiedenen Orten zum offenen Ausbruch. In Tarnowitz kam es zu einem gewaltigen Demonstrationszuge der deutschgesinnten Bevölkerung. Etwa 10 000 Personen nahmen daran teil. Es wurden Fahnen und Schilder mitgeführt, auf denen u. a. zu lesen stand: „Wir kommen als Unbezahlte!", „Wir sind deutsch bis auf die Knochen!"

Der neue sächsische Ministerpräsident

Dresden, 4. Mai.

Die Volkskammer wählte in ihrer heutigen Sitzung den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadtrat Buck in namentlicher Abstimmung mit 62 Stimmen zum Ministerpräsidenten. 12 Stimmzettel entfielen auf den deutschnationalen Abgeordneten Hofmann; 15 waren unbeschrieben. Buck nahm die Wahl dankend an und sprach die Hoffnung aus, bereits morgen der Kammer die neue Regierung, deren Berufung ihm laut Grundgesetz obliegt, vorstellen zu können. Präsident Fräßdorf widmete dem nunmehr aus dem Amte scheidenden Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer Worte des Dankes und der Anerkennung, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Die Uebernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 4. Mai.

Nachdem das Gesetz der Reichseisenbahn im Kraft getreten ist, übernimmt der Reichsverkehrsminister die Leitung der Staatseisenbahnen am 5. Mai. Bis zum April 1921 bearbeiten die Eisenbahnabteilungen der landesfürstlichen Ministerien ihr Ressort weiter unter dem Namen „Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums". Dem Reichsverkehrsministerium liegt bis zu diesem Zeitpunkt nur die Oberleitung ob.

Deutschlands Schadenersatz

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Basel, 4. Mai.

Die interalliierte Wiedergutmachungskommission unter dem Vorsitz Poincarés hat erklärt, daß sie außerstande sei, den interalliierten Regierungen eine Herabsetzung der Schadenersatzforderungen an Deutschland vorzutragen oder eine solche zu befürworten.

Paris, 4. Mai.

Der Londoner Korrespondent des „Temps" meldet: Lloyd George geht es gesundheitlich besser. Er wird jedoch seine Tätigkeit nicht vor der nächsten Woche aufnehmen können. Man beschäftigt sich in politischen Kreisen damit, zu erfahren, welche Maßregeln ergriffen werden, um die Einigkeit der Alliierten auf der Konferenz in Spaa zu sichern. Man glaubt, daß darüber Besprechungen zwischen Paris und London gepflogen werden, sobald Lloyd George wiederhergestellt sein wird.

Die Reichswehrtruppen im Ruhrrevier

Berlin, 4. Mai.

Vom Reichswehrministerium ist gestern abend folgender Befehl an das Reichswehrgruppenkommando 2 und an das Wehrkreiskommando 6 durchgegeben:

1. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Gebiete südlich der Ruhr und östlich des jetzt von Truppen besetzten Düsseldorfer Gebietes durch Sicherheitspolizei unter Leitung und Verantwortung ziviler Stellen zu erfolgen hat. Reichswehrtruppen finden in diesem Gebiete keine Verwendung.

2. Die Herabsetzung der in der 50-Kilometer-Zone stehenden Reichswehrtruppen auf 20 Bataillone, 10 Eskadrons und zwei Batterien ist beschleunigt weiter durchzuführen.

Berlin, 4. Mai.

Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungskreisen des Ruhrkohlengebietes ein, die weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern, und die der Besorgnis vor einem neuen Aufstande Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrkohlengebiet sicherzustellen, und daher auch, wie bekannt, Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit ein hinreichender Schutz in den bedrohten Gebieten belassen werden kann.

*

Dem belgischen Kommandanten im linksrheinischen Düsseldorf war gemeldet worden, die Kommunisten im rechtsrheinischen Düsseldorf würden beim Eintreffen der Reichswehr und der grünen Polizei nach dem linken Ufer hinüberschießen, um so die Belgier zum Ueberschreiten der Rheinbrücke zu veranlassen. Denn sie sähen lieber, daß die Belgier Düsseldorf besetzen als die Reichswehr. Der belgische Kommandant hat daraufhin der Stadtverwaltung mitteilen lassen, daß er nicht nach Düsseldorf einrücken, sondern es vom linken Ufer aus mit schwerem Geschütz beschießen werde. Es ist indessen gelungen, den belgischen Kommandanten zu überzeugen, daß im Ernste wohl niemand an einen solchen nichtsnutzigen Streich denke, daß in Düsseldorf aber jede Vorkehrung getroffen sei, jeden derartigen Anschlag zu verhindern. Er hat daraufhin von irgend welchen Maßnahmen Abstand genommen.

Spaa und Deutschlands Entwaffnung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Zur Konferenz in dem belgischen Spielerbad Spaa sollen nach neuesten Pariser Meldungen auch die Polen, Tschechen und Slowaken sowie die Dänen geladen werden. Es sollen alle Staaten an den Beratungen teilnehmen, die vermöge ihrer geographischen Lage ein Interesse an der Entwaffnung Deutschlands haben. Den furchtsamen Franzosen ist es Hauptsache, daß der am Boden liegende Riesenmichel immer fester eingeschnürt wird, und daß er, obwohl alle übrigen Länder ihre militärische Macht vergrößern, schutzlos dasteht, damit ihm die Krähen die Augen aushacken können. Die vielen Offiziersentlassungen, die augenblicklich im Rest des deutschen Heeres stattfinden, lassen erkennen, daß die Forderungen der Entente erfüllt werden. Der Antrag der deutschen Regierung auf Beibehaltung von 200 000 Mann fand in San Remo keine Gnade und wird sie vermutlich auch in Spaa nicht finden. Es ist von einer Einigung auf 160 000 Mann die Rede, aber auch betreffs dieser Zahl sind noch erhebliche Zweifel berechtigt. Die Angst vor einem „Revanchekrieg" übertrifft allem Anschein nach noch immer die Wünsche für glatten Eingang der „Wiedergutmachung". Zu einem „Revanchekrieg" ist unter den heutigen Verhältnissen auch das von der deutschen Regierung geforderte Heer gar nicht geeignet. Selbst dann nicht, wenn es die Entente fälschlicher Weise als Cadre für ein dereinstiges größeres Heer betrachten sollte. Zum modernen Kriege gehört nicht nur eine Mannschaft von Millionen, sondern außer „Geld und nochmals Geld" noch viel Rohstoffe, wie gerade Deutschland das zu seinem Leidwesen schwer empfinden mußte. Bei den ungeheuren Anforderungen eines heutigen Krieges an Bewaffnung, Munition und Verpflegung ist das jetzige Deutschland ganz außerstande, einen zeitentsprechenden Krieg zu führen. Die einfachste Berechnung zeigt das. Nicht einmal die Eisenbahnlage Deutschlands würde zur Bewegung der erforderlichen Riesentransporte befähigt sein. Es ist ein so gänzliches Verkennen der militärischen, technischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen eines großen Krieges, daß die Annahme seiner Ausführbarkeit für Deutschland eigentlich bei der doch über geeignete militärische Sachverständige verfügenden Entente unerklärlich ist. Marschall Foch hatte ja auch aus oben angestellten Erwägungen heraus ursprünglich 200 000 Mann als Bestand der deutschen Armee für gänzlich ungefährlich gehalten.

Weit wahrscheinlicher erscheint, daß die Entente mit ihren militärischen Gründen Ueberlegungen anderer Art bemänteln will. Ein 200 000 Mann-Heer würde Deutschland natürlich mehr Kosten als die 100 000 Mann verursachen und seine Zahlungsfähigkeit gegenüber den Alliierten erheblich herabdrücken. Es mag vor der übrigen Welt schlecht klingen, diesen reinen Nutzenstandpunkt zu betonen und mehr Eindruck machen, auf angebliche Kriegsvorbereitungen Deutschlands hinzuweisen. Vergessen würde bei solchen Gründen nur das eine, daß die Herabminderung der Heeresstärke auf 100 000 Mann Deutschland vielleicht vollends zahlungsunfähig machen kann. Bei sehr guten Transportmitteln mögen die 100 000 Mann allenfalls noch zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung in Deutschland genügen. Die Eisenbahnlage jedoch, die rasches und sicheres Herumwerfen der Truppen verhindert, läßt eine so geringe Heeresstärke völlig ungenügend erscheinen. Die Entente will aber augenscheinlich zunächst einmal eine Probe aufs Exempel machen. Das Bestehen dieser Probe wird für Deutschland um so schwerer, als gerade die Offiziere und Soldaten, die nunmehr auf die Straße gesetzt werden müssen, es schwieriger machen. Schuld trifft vor allem die Regierung. Sie hat weder für die verabschiedeten Offiziere in irgend einem ausreichenden Maße Fürsorge getroffen, noch ist zu spüren, daß sie Maßnahmen für die neuerdings infolge der Ablehnung der Entente zum Verlassen ihres Berufes massenhaft gezwungenen Offiziere und Mannschaften vorbereitet. Nun — wenn wieder einmal sich Folgen solcher Sorglosigkeit, wenn nicht Böswilligkeit, zeigen sollten, wird abermals die Empörung groß sein. Dem inneren Grund der so heftig beklagten Erscheinungen geht man nicht nach. In Heereskreisen wächst die Mißstimmung über die Behandlung, die das Militär erfährt, und leicht kann sich dies an der Regierung selbst rächen. Im Osten Berlins werden ganz offen Arbeiter-Bataillone aufgestellt, und die Regierung drückt beide Augen zu. Ihre Ableugnung der Gefahr zieht nicht mehr. Daher rührt auch der gewaltige Ruck nach rechts, der die Bewohnerschaft Berlins sowie des Reiches im Augenblicke vollzieht. Die Herabminderung des deutschen Heeres liegt weder im Interesse der jetzigen Regierung noch der Entente, denn aus der Verwirrung in Deutschland ist kein Nutzen zu erwarten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005051-15/fragment/page=0001

Der Zusammenschluß Thüringens und die Vertretung der Landwirtschaft

Im Hinblick auf den Zusammenschluß der Thüringer Staaten zu einem einzigen Staate unterbreitete die Landwirtschaftskammer des Freistaates Sachsen-Weimar der weimarischen Staatsregierung folgende Wünsche:

1. Die Vertretung der Landwirtschaft von ganz Thüringen geschehe durch eine einzige Kammer. Ihr Sitz sei Weimar. Mit dieser Kammer sollen alle kleineren landwirtschaftlichen Vertretungen, Körperschaften und Vereine in mittelbarer oder unmittelbarer Verbindung stehen. Der Zusammenschluß einzelner Körperschaften oder Vereine zu besonderen Unterverbänden soll der freien Selbstbestimmung überlassen, nicht gesetzlich geregelt werden.

2. Mit der Vertretung der Landwirtschaft im Ministerium soll ein Mann beauftragt werden, der entweder selbst Landwirt ist, oder infolge längerer Tätigkeit die Eigenart und die Bedürfnisse der Landwirtschaft genau kennt und deren Vertrauen besitzt. Besonders aus dem letzten Grunde wird Wert darauf gelegt, daß die Landwirtschaftskammer von der Berufung gehört wird.

Bis zur Errichtung einer gemeinsamen Thüringer Landwirtschaftskammer hält die Landwirtschaftskammer für Sachsen-Weimar ein Zusammenarbeiten mit den übrigen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen Thüringens in der Weise für geboten, daß alle die Landwirtschaft betreffenden gemeinsamen Fragen von den Vertretern der Kammern usw. gemeinschaftlich erörtert und behandelt werden, in Sitzungen, welche an den verschiedenen Sitzen der bisherigen Kammern abgehalten werden. Es wird vorgeschlagen, die Zahl der Vertreter vorläufig nach der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Einzelstaaten zu berechnen. Die erste Zusammenberufung wird Weimar gerne übernehmen und sieht Anträgen entgegen.

Die Untersuchung der Märzvorgänge

Amtlich wird über das bisherige Ergebnis des Untersuchungsamtes über die Märzvorgänge mitgeteilt:

„Das unter der Leitung des parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsamt über die Märzvorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen: Die Generale von Hülsen, von Lettow-Vorbeck, Strempel, die Obersten Freiherr von Wangenheim, von Lebebur, den Oberstleutnant von Klewitz und Major Mathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entheben. General von der Hardt, Oberstleutnant von Wetzell und die Majore von Sydow und Bock zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen, die Fälle aus dem Gefangenenlager Chemnitz, den des Majors Wille und den des Oberstleutnants von Fabeck wegen mangelnder Beweise niederzuschlagen.

Entlassene Landräte

In der Provinz Sachsen sind, wie die „P. P. N." erfahren, im allgemein-dienstlichen und politischen Interesse folgende Landräte beurlaubt worden:

von Alvensleben (Gardelegen), von Lossow (Osterburg), von Borke (Liebenwerda), von Spanieren (Sangerhausen), von Pommeresche (Nordhausen, offiziell Grafschaft Hohenstein).

Zu besetzen werden noch sein: Schleusingen, wo der bisherige Landrat Mangold in die allgemeine Staatsverwaltung zurückirat, sowie Bitterfeld und Delitzsch, wo die Landräte von Bodenhausen und von Manteuffel schon seit einiger Zeit auf Urlaub sind.

Für den Kreis Liebenwerda ist der Stadtrat Welthusen zum Landrat ernannt. Welthusen, der Jurist ist, steht der Demokratischen Partei nahe.

Wie der „Tok.-Ang." von unterrichteter Seite erfährt, hat gegen den Admiral von Trotha ein Verfahren vor dem Reichsmilitärgericht wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch nicht geschwebt. Es dürfte hier eine Verwechselung des Reichsmilitärgerichts mit dem Reichsgericht vorliegen. Ein Verfahren betreffend Schutzhaft hat vor dem Reichsmilitärgericht niemals geschwebt.

Die Anerkennung Viktor Kopps

Die „Zägl. Rundsch." schreibt:

Angesichts des Umstandes, daß es für viele Kreise des deutschen Volkes nicht ganz klar ist, welche Rolle der Bolschewist Viktor Kopp in Deutschland spielt und vor allen Dingen, ob er offiziell von der deutschen Regierung anerkannt ist und als was, dürfte folgender Telegrammwechsel von Interesse sein, der in der Moskauer „Prawda" (Wahrheit) vom 24. Februar unter der Ueberschrift „Der erste Schritt" abgedruckt ist:

„Die deutsche Regierung hat sich am 20. Februar an das Volkskommissariat des Aeußeren mit folgender Mitteilung auf radio-telegraphischem Wege gewandt:

„Die deutsche Regierung hat die Ehre, dem Volkskommissariat des Aeußeren mitzuteilen, daß sie Viktor Kopp als Bevollmächtigten der russischen Sowjetregierung zur Regelung der Frage des Kriegsgefangenenaustausches anerkannt hat. Wir bitten, den Empfang dieses Telegrammes zu bestätigen. Der Minister des Aeußeren. Müller."

In Beantwortung des angeführten Radio-Telegrammes sandte der Volkskommissar des Aeußern G. W. Tschitscherin an den deutschen Minister des Aeußern Müller folgendes Radio-Telegramm: „Hierdurch bestätige ich gemäß Ihrem Wunsche den Empfang Ihres Radio-Telegrammes bezüglich Viktor Kopps."

Soweit die in der „Prawda" veröffentlichte Mitteilung. Vielleicht teilt die Regierung mit, wer denn in Sowjetrußland die deutschen Interessen vertritt.

Amerikas Friede mit Deutschland

London, 4. Mai.

Wie die „Times" aus Washington meldet, wird Senator Lodge morgen im Senat eine Resolution einbringen, durch die der Friede mit Deutschland und Oesterreich erklärt werden soll. Die Tagesordnung verlangt, daß der Präsident Verhandlungen mit Deutschland und Oesterreich anknüpft, um die freundschaftlichen Beziehungen mit den beiden Nationen wiederherzustellen.

Hilfe für Mitteleuropa

Haag, 4. Mai.

Die internationale Hilfskommission für die verschiedenen Länder Mitteleuropas ist zu einer Einigung über die Vorschläge für eine Hilfsaktion gekommen. Diese wird in der Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen. Für Bezahlung wird jedem Lande Kredit eröffnet, der möglichst entsprechend der Bedürftigkeit der Länder bemessen werden soll.

Aus dem Haag, 4. Mai.

Die deutschen Vertreter, die bereits im Januar hier die Verhandlungen führten, trafen wieder im Haag ein, um die deutsch-holländischen Vereinbarungen endgültig abzuschließen. Man erwartet, daß die Entscheidung innerhalb weniger Tage fallen wird.

Die Franzosen in Frankfurt

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Frankfurt a. M., 4. Mai.

Am Sonnabend ist hier eine neue Wachabteilung französischer Truppen in Stärke von 850 Mann, aus Mainz kommend, eingetroffen. Den Frankfurter Blättern wurde die Besprechung der Frage der Räumung Frankfurts von den französischen Besatzungstreitkräften verboten.

Das sieht wahrlich nicht so aus, als ob die Franzosen ihre Beute sobald aufgeben würden.

Unruhen in Turin

Lugano, 4. Mai.

Bei den Ausschreitungen in Turin wurden gegen die Karabinieri zwei Bomben geworfen. An vielen Stellen der Stadt kam es zu Straßenkämpfen, bei denen vier Personen getötet und etwa 40 schwer verwundet wurden. In Viareggio (Toscana) bemächtigten sich die Anarchisten der Stadt, verjagten die Soldaten aus den Kasernen und steckten diese in Brand. In Pola (Dalmatien) gab es zwei Tote unter dem Tumultuanten, in Paola (Kalabrien) drei Tote.

Bei einem Fußballwettspiel in Viareggio mußte die Polizei bei Streitigkeiten zwischen den Spielmannschaften einschreiten. Es fielen Revolverschüsse, durch die eine Person getötet wurde. Die Menge entwaffnete die Karabinieri, durchschnitt Telegraphendrähte und konnte erst wieder zur Ordnung gebracht werden, als die Polizei Verstärkungen erhielt.

Der Streik in Italien kann als beendet gelten, auch in Neapel hat die Leitung der Gewerkschaften den Abbruch des Streiks angekündigt.

Abbau der Kriegswohlfahrtspflege

Während des Krieges und in der Zeit nach dem Kriege sind, wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, bekanntlich sehr erhebliche Mittel des Reiches und der Länder aufgewendet worden, um die besondere Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden zu unterstützen. Diese Unterstützungen werden im Laufe des beginnenden Etatsjahres ihr Ende erreichen. Vom 1. April 1920 ab stehen Reichsmittel für die Kriegswohlfahrtspflege nur noch in sehr beschränktem Maße zur Verfügung. Beihilfen aus Reichsmitteln werden nur noch gewährt für die Kriegswohlfahrtspflege an Eltern, uneheliche Kinder und schuldlos geschiedene Ehefrauen von Gefallenen und Vermißten, wenn ihnen keinerlei Unterstützungen aus staatlichen Mitteln gewährt werden und soweit nicht etwa im Wege der sozialen Versicherung bliebenenfürsorge für sie ausreichend gesorgt wird; Kriegswitwen und Kriegerwaisen, die bereits Hinterbliebenengebühnisse erhalten, falls diese geringer sind, als die bisher gewährte Familienunterstützung; Angehörige von Heeresangehörigen, die nach ihrer Entlassung in das Lazarett aufgenommen oder aus dem Lazarett entlassen sind, Inlandsflüchtlinge und Vertriebene bei Gewährung oder Beschaffung von Naturalquartier oder von Notunterkunft.

Den Gemeinden und Ländern ist es unbenommen, im bisherigen Umfange aus eigenen Mitteln die Fürsorge aufrecht zu erhalten.

Die Regierungen gegen die Verfassung

Die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei haben folgende Interpellation in der Nationalversammlung eingebracht:

„Die Nationalversammlung hat es mit Stimmenmehrheit abgelehnt, den 1. Mai zum Feiertag zu erklären. Im Widerspruch zu diesem jede parlamentarische Regierung bindenden Entschluß der Nationalversammlung hat die Regierung die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe selbst veranlaßt, indem sie

den Arbeitern und Beamten in den Staatsbetrieben am 1. Mai Urlaub bei Weiterzahlung des Lohnes gewährte und in den Verkehrsanstalten nur den Sonntagsverkehr hat ausführen lassen.

Wie rechtfertigt die Regierung dieses ihr Verhalten zur Maifeier, das im strikten Widerspruch zum Beschluß der Mehrheit der Nationalversammlung steht?"

Auch von seiten der preußischen Regierung ist verfügt worden, den Arbeitern in Staatsbetrieben, die am 1. Mai entgegen dem Beschluß der Landesversammlung streiken, „Feiertagslöhnung" auszuzahlen. Ganz abgesehen davon, daß es sich hierbei, ebenso wie im Reiche, um ein verfassungswidriges Vorgehen der Regierung gegenüber einem Beschlusse des allein verantwortlichen Parlaments handelt, ist auch die Frage zu erörtern, wer nun für die verfassungswidrig gezahlten Löhne die Deckung zu leisten hat. Im alten Ordnungsstaate würde die Oberrechnungskammer sich selbstverständlich an die betreffenden leitenden Persönlichkeiten in den Aemtern halten. Da es sich heute in den meisten Fällen dabei um Parteifunktionäre handelt, so wird es den betreffenden Herren ja wohl nicht schwer fallen, ihre Parteikassen um Ersatz für das rückquartierte Geld anzugehen.

Keine Prügel für Deutsche

Im „Firn", einer durch Ehrlichkeit und Sauberkeit sympathischen sozialdemokratischen Wochenschrift, lesen wir:

Ein Schrei. Durch die Stadt Aachen bewegt sich ein Zug von Demonstranten. Stumm ziehen deutsche Männer und Frauen dahin. Nur ihre Schritte dröhnen dumpf auf dem harten Pflaster. Kein Gesang. Kein Ruf. Und doch schreit es aus diesem Zuge, so blutig und schaurig, daß Gutgläubige einen Augenblick die Hoffnung nähren mögen, der Schrei könne aus den Mauern dieser alten deutschen Stadt dringen und an allen Orten der Welt im Echo wiederklingen . . .

In diesem Zuge wird eine Tafel getragen: „Keine Prügel für Deutsche!" So schreit es in schwarzen Buchstaben von dieser Tafel.

Wer ist es, der diesen Schrei veranlaßt hat? Es ist die belgische Besatzung von Aachen.

Keine Prügel für Deutsche! Warum ist dieser Schrei unserer Aachener Landsleute noch nicht über ganz Deutschland gehallt? Warum gibt es noch deutsche Zeitungen, die diesen Schrei nicht in den größten Lettern ihren Lesern in die Augen werfen? Keine Prügel für Deutsche! Deutsche! Erniedrigt euch nicht durch Proteste gegen diese Schmach. Schreien es nur laut hinaus in alle Welt: Deutsche werden heute, bald ein Jahr nach dem Friedensschlusse, von der feindlichen Besatzung geprügelt.

Ja, warum hallt dieser Schrei nicht durch ganz Deutschland? Warum wird er in der sozialdemokratischen und demokratischen Tagespresse erstickt? Warum gellt er nicht im Reichstage? Warum erwacht die eifervolle Entrüstung des „Berl. Tagebl." nur, wenn auf der Tafel stände: „Keine Prügel für Juden"?

Neubesetzungen im Reichswehrministerium. Nach der „Voss. Zeitung" werden eine Anzahl von Neubesetzungen im Reichswehrministerium vorgenommen werden. So sollen unter anderen Veränderungen in den Nachrichtenstellen erfolgen. Es soll auch ein Aufklärungsdienst für das Heer geschaffen werden, an dessen Spitzen hervorragende Schulmänner stehen sollen, die staatsbürgerliche Erziehung und den staatsbürgerlichen Unterricht im Heer, organisieren sollen. Auch in einer Anzahl höherer Kommandostellen dürften in nächster Zeit Aenderungen vor sich gehen.

(Nachdruck verboten.)

Bis in das Elend.

Ein Kampf um das Deutschtum.

30) Von Max Treu-Halle.

Aber die Zeitungsnachrichten klingen ernster und ernster, der Krieg scheint unvermeidlich, dieser Krieg um mein Heimatland Schleswig-Holstein! Wem wird es zufallen? Und wieder ein Krieg Deutscher gegen Deutsche! Da ist es kein Wunder, wenn fremde Nationen die Deutschen erst recht beseelen und verschlucken möchten, wie uns die Ungarn. Wenn wir selbst uns gegenseitig nicht zu gut sind für Kugel und Schwert, weshalb sollen die anderen uns zu gut dafür halten, die nach unserem Besitz gelüstet?

Pfarrer Mathias wird hoffentlich auch über den Krieg bestimmte Nachrichten aus Wien mitbringen, von wo wir ihn in etwa zehn Tagen zurückerwarten. Wir haben noch keinen Bescheid von ihm erhalten, die Verbindung mit uns hier in unserem abgelegenen Erdenwinkel ist schwierig. Darin wird die Bahn ja Wandel schaffen, aber ich fürchte sehr, daß wir dafür einen hohen Preis zu bezahlen haben werden.

Klein Mariechen fiebert stark und liegt bewußtlos.

„Eine Gehirnerschütterung!" sagt Hedwig, die treue, sachkundige Assistentin ihres Vaters. „Vollständige Ruhe, und alles übrige Gott überlassen!"

Und ruhig und sanft waltet sie ihres Amtes am Bette des kleinen Mädchens, das um seiner stillen Liebe willen zu den Deutschen leiden muß. Peter Fenz fragt mich jeden Tag ein paarmal:

„Wie gehts denn dem Mariechen, Herr Lehrer?"

Dann muß ich traurig die Achseln zucken. Er aber sagt in kindlicher Hoffnungsfreudigkeit:

„Ach, es dauert gar nicht lange, und dann kann sie wieder von meinem Butterbrot abbeißen!"

Möchte der kindliche Prophet recht haben! —

Unsere deutschen und die fremden Kinder stehen jetzt gegenseitig auf dem Fuße einer kühlen Neutralität. Den Fremden fehlt ein Anführer, denn Radnicki-Joseph hat es vorgezogen, seit der Katastrophe die über seine rückwärtigen Körperteile einbrach, noch nicht wieder auf der Straße zu erscheinen, für den Frieden des Ortes ein unleugbarer Vorzug. Die übrigen Kinder wie gesagt, halten sich einander fern, lassen ihre Kähne an verschiedenen Plätzen ins Wasser und drücken sich den Grad ihrer gegenseitigen Achtung dadurch aus, daß sie nach der anderen Seite sehen, wenn auf der einen eines dem anderen begegnet. Jedenfalls aber liegt auch in diesen jungen Gemütern viel Brennstoff, und es braucht nur einmal einer besonders vorwitzig zu sein, so ist der Lärm da.

Gott sei Dank, daß man wenigstens noch den Frieden des eigenen Hauses hat! Wenn mein Weib mich freudig anblickt und mein Junge, mein Herzblatt, mich anlacht, dann ist mir warm ums Herz, und alle Aufregung draußen ist vergessen. Ich habe mich jetzt hier völlig eingewöhnt und bin gern bei diesen kraftvollen, zähen, stillen Menschen, die auch mich, glaube ich, liebgewonnen haben. Zuweilen aber in stillen Stunden taucht vor meinen Blicken doch immer noch ein Land auf, umrauscht vom Meere, an der Küste Moor und Marsch, im Landinnern Geest, Wiesen, Wälder, Seen, durchzogen von zahllosen Knicks — vergiß mich nicht, du alte nordische Heimat, wie ich deiner nicht vergessen will!

*

4. Mai 1866.

Gestern abend war ich mit meiner Frau im Pfarrhaus zu einem Besuch bei der Pfarrfrau und Hedwig. Natürlich fragte ich auch nach dem Befinden Mariechens.

„Es geht etwas besser!" sagte Hedwig. „Sie ist wieder zu sich gekommen und hat zu essen verlangt. Jetzt schlaft sie tief und gut."

Also wird sie uns wohl erhalten bleiben. Es ist merkwürdig, was eine gesunde Kindesnatur für schwere Stöße aushalten kann!

Als wir mitten in der Unterhaltung waren, kam plötzlich Vokol.

„Verzeihen Sie", bat er, zur Pfarrerin und zu Hedwig gewandt, „wenn ich Sie zur stillen Abendstunde überfalle. Aber meine Zeit ist knapp, in einer Stunde reise ich, der Befehl ist da!"

Ein Laut der Ueberraschung kam über unser aller Lippen; nur Hedwig sagte keine Silbe, aber ich merkte, wie ein jähes Erbleichen über ihr Gesicht zog.

„So ist der Krieg erklärt?" fragte ich.

Vokol schüttelte den Kopf.

„Noch nicht! Auch die Mobilmachung ist noch nicht in aller Form öffentlich angeordnet, man spricht amtlich nur von der Verstärkung und Konzentrierung einiger Regimenter an der schlesischen Grenze. Das meine gehört dazu, und ich komme, um mich zu verabschieden."

Hedwig hatte ihm einen Stuhl hingerückt, auf dem er Platz nahm.

„Noch heute wollen Sie fahren?" fragte die Pfarrerin.

„Ja! Ich muß die Nacht über reisen, um mein Ziel rechtzeitig zu erreichen; der Wagen ist in einer Stunde bestellt, Peltz fährt mich, alle meine Sachen sind gepackt, meine Angelegenheiten sämtlich erledigt, und nichts mehr bleibt mir zu tun übrig, als mich von Ihnen und von diesem gastlichen Dach zu verabschieden, unter dem ich Leben und Gesundheit wiedergefunden habe."

Sein Blick ruhte während einiger Sekunden auf Hedwig, als erwarte er von ihr eine Antwort. Aber sie sagte nichts, nur ihr Atem ging schwer und beklommen, und ihr Auge suchte die Erde.

„Hoffentlich geben Sie uns recht bald und recht regelmäßig Nachricht, ob Sie gesund und frisch sind," sagte die Pfarrfrau.

Er nickte.

„Gewiß! Meine Gedanken werden viel in diesem stillen Tale weilen, und ein Gruß von Ihnen wird mir mitten im Lärm des Feldlagers die größte Freude sein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005051-15/fragment/page=0002

…litische Aufgaben der Beamtenschaft

…üher haben sich die Beamten mit Ausnahme derjenigen, …litische Stellungen einnahmen, wenig um die Politik ge… Sie konnten, da der Staat, im Innern und nach außen …, stark, stolz, mächtig und gefürchtet vor aller Welt da…, über den Parteien stehend, lediglich ihrem Berufe leben. …hat sich seit der Revolution von Grund auf geändert. Jetzt …die Beamten bedroht: vom äußeren Feinde, dem die Nicht…führung dieser oder jener undurchführbaren Bedingung des …ensvertrages jederzeit den Vorwand zu vernichtenden mili…n und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen den Bestand des …n bieten kann, sowie von den inneren Feinden, den Sozia…, die das Berufsbeamtentum vom parteipolitischen Stand… aus nicht gern sehen, zum Teil es sogar beseitigen und …um ihre wohlerworbenen Rechte auf Ruhegehalts- und …bliebenenversorgung bringen möchten. Durch das Sinken …er Valuta, dem die Teuerungsbezüge meist zu spät und …ausreichend Rechnung getragen haben, ist die Beamten…ft aber auch wirtschaftlich bedroht, nicht zu ge…n der Einbuße an Ansehen, die es durch die mit dem gegen…gen Regierungssystem zusammenhängende vorzugsweise …ung von nur parteipolitisch geschulten Zivilpersonen gerade …höchsten Staatsämter erleidet. …n diesen Verhältnissen …deten Gefahren hat die d…nationale Be…enschaft rechtzeitig erkannt und sich deshalb in einem …tenausschuß bei der Parteileitung mit Ausschüssen bei den …nen Landesverbänden und größeren Ortsgruppen wenig…lose organisiert. Die ganze Entwicklung der letzten Zeit …die Ungewißheit, die über dem Schicksal unseres Volkes lagert, …aber gebieterisch auf die Notwendigkeit einer stetigeren und …en politischen Betätigung gerade der Beamten hin, deren …und Wehe mit dem des Staates besonders eng verknüpft … Die Beamten dürfen sich im jetzigen Staatswesen nicht …r damit bescheiden, den politischen Ereignissen gegenüber …uer zu spielen, lediglich ihren Dienst zu versehen und sich …Nichtfachleuten führen zu lassen, sondern sie müssen sich be…n, selbst Führer zu werden und den Geist des Volkes in die …en Bahnen zu lenken. Im Innern gilt es, den Weg zu …gesunden Staats- und Wirtschaftspolitik zurückzufinden …das deutsche Volk zu den nationalen und christlichen Idealen …zuführen, die für ein gedeihliches einiges Zusammen…ten der verschiedenen Bevölkerungskreise wie für ein geord…Staatswesen überhaupt unerläßlich sind; nach außen gilt …le Gedanken auf die geeignetsten Mittel zur Abschüttelung …Friedensvertrages von Versailles zu richten, ohne die ein …aufstieg nicht möglich ist. Alle diese Aufgaben, deren der …te sich um des Staates und seiner selbst willen in be…rem Maße unterziehen muß, können unzweifelhaft durch …zielbewußt arbeitende, festere, neben den allgemeinen beruf…und wirtschaftlichen Interessen auch die überkommenen …ländischen Ideale tatkräftig vertretende Beamtenorganisa…der Lösung erheblich näher gebracht werden. Diesen Zwecken …die „Deutschnationale Beamtenschaft, e. V." …n, die einem lange empfundenen Bedürfnis abhelfen, sich …das ganze Reich ausdehnen soll und deren Gründung Diens…den 17. Februar d. J., im Abgeordnetenhause stattfand.

Das staatsgefährliche „Kgl."

Es ist unerhört, in welch entsetzlichen Gefahren fortge… die deutsche Republik schwebt. Nicht nur Kapp-Putsche …ten nach ihrem kostbaren jungen Leben, jede Stunde … Minute ist sie in ihrem Bestande allerorten bedroht … Erinnerungsreste an das fluchbeladene alte Regime. …lich zu sagen und zu sehen, daß an manchen preußi… Eisenbahnwagen noch K. P. E. V. steht, daß Postämter … Giebel noch die Bezeichnung „Kaiserlich" tragen, daß hier und da ein altes stolzes Wappentier sich spreizt …des gerupften Pleitegeiers, der jetzt so sinnig Symbol der neuen Zeit und unseres Ergehens in ihr … Gräßlicher noch, daß es Behörden, Amtsstellen im … und im Staat gibt, die auf Formularen und Brief…n, in Stempeln und Siegeln die staatsgefährlichen …staben „Kgl." oder „Kaiserlich" führen. Wo soll da …e und Sicherheit herkommen in der deutschen Republik? Die Kapitolretter der sozialdemokratischen Presse …men denn auch aus dem aufgeregten Schnattern nicht …us. Tagtäglich schlagen sie in der Provinz und in …lin Lärm und denunzieren bald diese, bald jene Amts…e wegen konterrevolutionärer Gesinnung, …sich in der Duldung solch staatsgefährlicher Buchstaben … Worte bekundet. Beim „Vorwärts" insbesondere kommt … Zornesader gar nicht mehr zum Abschwellen, und mit … Rotationspapier, das er an diesen Gegenstand schon ge…dt hat, könnte der Papiernot mancher Provinzzeitung ab…olfen werden. Zwar haben die wohlweisen Reichs- und …atsregierungen das Mögliche auch in diesem Betracht …an; und es sind schon etliche Millionen aufgewendet zur …tellung besagter Staatsgefährdung. Mit solchem Ver…dnis, daß von Künstlern aller Parteirichtungen bereits …drücklichster Protest gegen den dabei betriebenen dumm…nausischen Unfug erhoben werden mußte. Und …st ein erhebender Beweis der Fürsorge der hohen Re…enden, wenn man Eisenbahnwagen besteigt, an denen das …ppen sowohl wie die ominösen Buchstaben fein säuberlich …strichen sind. Was schadets, wenn dabei die Fenster zer…chen und die Polster zerrissen sind und durch die Decke … Regen tropft: ein guter Republikaner wird dafür ent…digt durch die beruhigende Gewißheit, daß draußen der … Monarchie endgültig der Garaus ge…cht ist. Es soll zwar Leute geben, die der Meinung …, es sei nützlicher, die Zeit und das Geld, die man für …e Arbeit aufwenden muß, an Ausbesserungsarbeiten …ngendster Art zu wenden, damit die zur Fahrt mit der …ßischen Staatseisenbahn Verurteilten nicht durch eine …mbination von Zugluft und Brausebad … gesundheitliche Gefahren gebracht werden. Aber diese …rgler sind offenbar verkappte Kappisten. Nieder mit …en!

Um im Ernst zu reden: die alberne Bilderstürmerei, die … jetzt zur Buchstabenjagd reduziert hat, beweist doch ein …agbar klägliches geistiges Niveau ihrer Veranstalter. Be…st auch, daß sie Toleranz für ein Fremdwort halten, für … es keine Verdeutschung gibt, obwohl Duldung gar nicht … klingt. Beweist aber weiterhin und in der Hauptsache, … die neuen Herren und ihr Gefolge von der Trefflich… ihrer „neuen Zeit" und ihres „neuen Deutschland" nicht … überzeugt sind. Sonst könnten ihnen die Erinnerungs…en an das fluchbeladene alte Regime nicht solche Beklem…ngen bereiten. Aber sie bemühen sich wirklich umsonst: … Erinnerung an die Zeiten vor dem 9. November 1918 …ngt sich jedem Einzelnen tagtäglich gegenüber der all…igen Misere der heutigen Verhältnisse so nachdrücklich auf, … es dazu keiner Embleme und Wappenzeichen bedarf. …ch einen noch so schönen roten Außenanstrich wird das …s der deutschen Republik innen nicht wohnlicher. Es ist …schade um die Mühe und die Kosten. Und es ist oben…n blamabel.

Ueber die Ursachen der Brotpreiserhöhung schreibt die „Schlesische Zeitung": Der Preis für ein Pfund Brot wird von Montag ab von 57 Pf. auf 1,20 M. erhöht. Ein Pfund Roggenmehl kostet 1,40 M., Weizenmehl 1,42 M. Man vergleiche einmal damit die Getreidepreise. Der Landwirt erhält heute für 1 Zentner Roggenmehl 55 M.

Bei einer 80prozentigen Ausmahlung muß der Verbraucher zahlen für

80 Pfund Roggenmehl à 1.40 M.	. .	112 M.
20 Pfund Kleie à 0,15 M.	. . . .	3 M.
	zusammen	115 M.

Wo bleibt die unerhört hohe Differenz von 60 Mark? Beim Müller nicht, denn dessen behördlich festgesetzter Mahllohn ist gering. Nein, die Zwangswirtschaft mit ihrem gewaltigen Spesenapparat und ihrem Milliardendefizit ist es, welche uns das Brot so ungebührlich verteuert. Wenn schon im 3. Vierteljahr 1919 in Breslau die Ausgaben der Stadtverteilungsstelle 1 284 000 M. betrugen, mit welchen Fehlsummen muß da die Reichsgetreidestelle arbeiten! Und trotzdem wurstelt man seitdem schon wieder ganze sieben Monate mit demselben System weiter! Das Nachsehen haben der Verbraucher und der Landwirt. Beide müssen gemeinsam den Weg der Selbsthilfe beschreiten und dieser führt sie zur Wahlurne. Dort müssen sie am 6. Juni ihren Stimmzettel für die rechtsstehenden Parteien abgeben, welche stets für die Beseitigung der Zwangswirtschaft und für den freien Handel eingetreten sind.

Halle und Umgebung

Halle, 5. Mai.

Aprilschau des Landbundes der Provinz Sachsen und Anhalts

Getragen von dem alten Pflichtbewußtsein dem Berufe und der Allgemeinheit gegenüber, hat der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts nach den schweren Tagen des Generalstreiks seine Tätigkeit im April aufgenommen und durchgeführt. Gegen die Veröffentlichung irreführender Pressenotizen, nach denen die Erhöhung des Brotpreises dem neuen Prämiensystem zur Last zu legen wäre, wurde beim Reichswirtschaftsministerium Einspruch erhoben. Dem energischen Vorgehen des Landbundes und der ihm angeschlossenen Organisationen ist es gelungen, den Preis für das an den Feindbund abzuliefernde Vieh heraufzusetzen. Nachdem es durch eingehende Verhandlungen gelungen ist, Stadt und Land befriedigende Lieferungsverträge für Kartoffeln zu entwerfen und ihre Durchführung zu sichern, unterliegt die Frage, ob sich auch die Aufbringung von Vieh auf diese Weise ermöglichen läßt, einer sachgemäßen Prüfung. — Gegen die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die künftige Gestaltung der Fleischversorgung wurde Einspruch erhoben, da die dort vorgesehenen Maßnahmen, die im wesentlichen alles beim alten lassen und vor allen Dingen nicht geeignet sein werden, die Erzeugung zu heben und Wucher und Schleichhandel zu verhindern. — Mit Rücksicht auf die außerordentlich starken Zurückweisungen des zur Abnahme vorgeführten Viehes durch die Feindbundkommission soll zur Vermeidung der bedenklichsten Folgen, welche sich aus diesem Verhalten für die Landwirtschaft ergeben, im Falle der Fortsetzung des jetzt geübten Vorgehens dem Feindbund die Unterlassung jeder Mitwirkung bei der Aufbringung des Viehes angedroht werden. — Gegen die parteipolitischen Schiebungen bei der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates wurde erneut Stellung genommen.

Auf einen erneuten Antrag der Steuerabteilung, eine Abwälzung der Umsatzsteuer, entsprechend dem Grundgedanken des neuen Umsatzsteuergesetzes, auf den Käufer zu ermöglichen, hat der Reichsfinanzminister das Reichswirtschaftsministerium ersucht, die vor dem 1. Januar 1920 festgesetzten Höchstpreise um den Betrag der Umsatzsteuer zu erhöhen. — Eine Kommission des Landbundes beriet mit dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Sicherung des Landes gegen Plünderungen. Geplant wurde eine stärkere Belegung der industriellen Gegenden mit Sicherheitspolizei oder Reichswehr, sowie die Einrichtung eines Landschutzes aus zuverlässigen Landleuten, der nach Art der Schweizer Miliz in Zeiten der Not zur Verfügung steht. — Eine landwirtschaftliche technische Nothilfe, die bei Streiks die notwendigsten Arbeiten verrichtet, wird unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorbereitet.

*

Mindestpreise für die Landwirtschaft.

Einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 entnehmen wir Folgendes: Für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften abzuliefern sind, sind den Erzeugern mindestens folgende Preise zu zahlen: 1. für die Tonne Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emer, Einkorn 1100 M., 2. für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 M., 3. für die Tonne Kartoffeln 500 M. Die endgültige Festsetzung der Preise erfolgt bis zum Beginn der Ernte unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin entstandenen Produktionskosten.

— **Deutschnationale!** Besucht den Vortrag Netz, der heute abend um 8 Uhr im „Wintergarten" stattfindet! Morgen abend: Familienabend im Hotel „Kaiser Wilhelm".

— **Das „Volksblatt" zum Vortrag Abel.** Das „Volksblatt" fand „leider" erst gestern Gelegenheit, auf den Vortrag August Abels vom Sonntag zurückzukommen. Es muß ihm doch sichtlich unangenehm sein, daß Abel mit seinem Vortrage einen so glänzenden Erfolg erzielte. Es sieht vielleicht auch Gefahr im Verzuge angesichts der Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter in der Versammlung zu sehen waren. Wir wiesen bereits darauf hin, daß sich auch der Volksblattredakteur Bock in höchsteigener Person zu dem Vortrage eingefunden hatte, ohne aber in der freien Aussprache das Wort zu ergreifen oder etwa am Montag in seinem Organ die Ausführungen Abels „gebührend zu würdigen". Das „Volksblatt" stellt sich füglich ein klägliches Armutszeugnis aus, wenn es sich erst von einem „parteigenössischen Studenten" nachträglich belehren lassen muß. Warum hat übrigens dieser so weise Herr, der doch sicherlich auch in der Versammlung zugegen gewesen sein muß, sich nicht bereits am Sonntag zum Wort gemeldet? Fehlte es ihm an Mut oder war er nicht genügend präpariert? Wir sehen davon ab, auf die kritischen Ergüsse des radikalen Akademikers des Näheren einzugehen, der schließlich doch zugeben muß: „Gewiß war manches richtig, was er (Abel) über die Zustände in den Vereinigten Staaten sagte". Es spricht überhaupt aus dem ganzen Pamphlet weniger der sachliche Kritiker als der fanatische Parteipolitiker, der in schwerer Sorge ist, der deutschnationale Gedanke könnte in die Arbeitermassen getragen werden. Nur eins sei dem „parteigenössischen Studenten" gesagt: wenn er Abel als einen deutschnationalen Jüngling bezeichnet, so hat er höchstens den Anspruch darauf, ein — Hosenmatz geheißen zu werden.

— **Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe** wurde verliehen an Oberst a. D. Boeckh, der sich hatte wiederverwenden lassen bis ins 77. Lebensjahr von 1914—1919 als Bezirks-Kommandeur, auch mobil beim A. O. K. 1 zum Austausch der Mannschaften zwischen Front und Etappe sowie mehrjährig als Vorstand von Versorgungsabteilungen.

— **An die Imker!** Den Bemühungen der Staatsregierung um Erhaltung der heimischen Bienenzucht ist es gelungen, seitens des Reichs noch eine weitere Menge von Zucker zur Bienenfütterung freizubekommen. Infolgedessen können unter den bereits bekanntgegebenen Bedingungen für jedes überwinterte Bienenvolk statt 2½ Pfund 4 Pfund Zucker gegeben werden. Jedoch wird ausdrücklich betont, daß eine besondere Ueberweisung von Herbstzucker unter keinen Umständen stattfindet. Vielmehr wird den Imkern dringend geraten, sich für alle Fälle einen kleinen Bestand zurückzulegen.

th. **Zur Auskunftspflicht der Aerzte beantragt der 10. Ausschuß der Landesversammlung,** eine reichsgesetzliche Vorschrift zu erlassen, die die Aerzte bestimmt, den reichsgesetzlichen sozialen Ausführungen über Art der Krankheit, Zustand und Behandlung von Versicherungsmitgliedern Auskunft erteilen zu dürfen.

— **Die Allgemeine Ortskrankenkasse und die Halleschen Aerzte.** Die hiesigen Zahnärzte haben die Behandlung der Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse unter den Bedingungen des derzeitig geltenden Vertrages abgelehnt. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat sich aber bis zum Abschluß eines neuen Vertrages bereit erklärt, den Mitgliedern der Krankenkasse, die sich in ärztliche Behandlung begeben, die Mindestsätze der preußischen Gebührenordnung in bar zurückzuerstatten. — Wie wir hören, hat der Verband Hallescher Aerzte den Vertrag mit der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, der bis zum 31. Dezember d. J. läuft, zu diesem Zeitpunkt gekündigt.

— **Zum Bierstreik.** Die am 3. Mai in Merseburg stattgefundene gemeinschaftliche Versammlung der Sächsisch-Thüringischen Brauereien Leipzig, sowie der angeschlossenen Brauereien einerseits und der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte-Organisation für den Reg.-Bezirk Merseburg andererseits haben folgendes beschlossen: Nach Uebereinstimmung werden die Verhandlungen weitergeführt. Die Brauereivereinigung hat den übrigen Verhandlungsgegenständen bereits im Prinzip verschiedentlich zugestimmt. — Weiter wird gemeldet, daß man den neuen Bierpreis von 130 M. für den Hektoliter angenommen hat. Die Brauereien verpflichten sich, bei besserer Belieferung mit Gerste ein stärkeres Bier zu brauen.

— **Kriegerverein Halle von 1860.** In der letzten Geschäftsversammlung hielt Professor Riehm einen hochinteressanten Lichtbildervortrag über Alt-Halle. Auf der Leinwand zeigte er die Entwickelung der Stadt von den Anfängen an bis zu ihrer heutigen Bedeutung. Besonders bemerkenswert war die geschichtliche Entwicklung von Straßen und ganzer Stadtteile und die Geschichte mancher Bauten. Reicher Beifall wurde dem Vortragenden gespendet. — Am 7. Juni findet ein Lichtbildervortrag des Herrn Direktor Kniesche vom Zoo statt, zu dem rege Beteiligung erwünscht ist.

Familien-Nachrichten

Geburt: Dr. jur. Venator, Jena (Tochter).

Vermählungen: Wilhelm Pintaske und Trude Berschmann. — Paul Ravenhorst und Alma Stahr. — Studienassessor Adolf Schaefer und Gertrud Reimann, Seehausen.

Todesfälle: Am 3. Mai Oberkellner Max Neuroth im 44. Lebensjahr. — Am 3. Mai Otto Noack. — Am 4. Mai Gertrud Ahrens. — Am 3. Mai Hedwig Guth geb. Kindermann.

Provinz Sachsen

B. **Weißenfels,** 3. Mai. (Der Kreistag des Landkreises Weißenfels) fand zum erstenmal unter dem Vorsitz des kommissarischen Landrats Zimmermann, vordem Bürgermeister in Teuchern, statt. Die vielfach erhobenen Vorwürfe, daß der Landkreis in der ihm zugewiesenen Kartoffelversorgung nach auswärts versage, wurden vom Vorsitzenden in treffenden Belegen zurückgewiesen. Gegen das Jahr 1918 ist die Kartoffelanbaufläche des Jahres 1919 um 1452 Morgen (von 15 227 auf 13 775 Morgen) zurückgegangen. Trotzdem ist das Ablieferungssoll des Kreises um 8000 Zentner höher festgesetzt worden. Die Landwirtschaft des hiesigen Kreises ist im allgemeinen und wesentlichen in der Kartoffelwirtschaft ihren Lieferungsverpflichtungen nachgekommen. Es wurde beschlossen, die Kartoffelstelle (G. m. b. H.) beizubehalten, sie jedoch im Innern umzugestalten und durch Wiedereinstellung eines Beamten für eine passende Oberleitung sämtlicher wirtschaftlicher Betriebe zu sorgen. — Dem Ausbau der Weißenfels-Roßbacher Gruben- und Anschlußbahn in eine dem öffentlichen Verkehr dienende Kleinbahn wurde zugestimmt. Nach dem Kostenanschlag sind 600 000 Mark dazu erforderlich. Es ist dazu die Gründung einer G. m. b. H. beabsichtigt, die mit den Eigentümern der genannten Bahn einen Vertrag abschließt, nach dem ihr die Grubenbahn auf die Dauer der ihr von der Aufsichtsbehörde erteilten Konzession verpachtet wird. — Die vermehrten Ausgaben machen die Erhebung einer Nachsteuer für 1919 in Höhe von 50 Prozent des Kreissteuersolls notwendig. — Für die Verpachtung des Obstes der Kreisstraßen sollen verschlossene und versiegelte Gebote für die einzelnen Kreisstraßenzüge entgegengenommen werden. — Die vom Kreistagsabgeordneten Henniger, Meineweh, gegebene Anregung, dem Herrn Regierungspräsidenten die Bitte zu unterbreiten, die endgültige Ernennung des kommissarischen Landrats, der sich während seiner kurzen Tätigkeit das Vertrauen der Kreisbevölkerung erworben hat, beim Minister des Innern baldigst zu erwirken, fand einmütige Zustimmung.

— **Teuchern,** 4. Mai. (Schadenfeuer.) Dieser Tage brannte die Scheune im Landmannschen Gehöft im nahen Runthal mit allem Inhalte bis auf die Grundmauern nieder. Außer den vorhandenen Stroh- und Futtervorräten ist auch die noch fast neue große fahrbare Dreschmaschine mit Motor ein Raub der Flammen geworden. Auch ist einiges Federvieh und ein Wagen mit verbrannt. Der Schaden ist sehr groß, hat doch genannte Maschine gegenwärtig allein einen Wert von 80 000 bis 90 000 Mark. Allem Anschein nach liegt Brandstiftung vor.

t. **Quedlinburg,** 4. Mai. (Der neue Kämmerei-Haushaltsplan) rechnet mit 5 496 850 M. Einnahmen und 7 053 550 M. Ausgaben, es verbleibt sonach zum ersten Male ein Fehlbetrag in Höhe von 1 566 639 M.

e. **Bernburg,** 2. Mai. (Das Bernburger Kreiskrankenhaus) konnte am Freitag auf 25 Jahre seines Bestehens zurückblicken.

— **Jena,** 4. Mai. (Verhaftung wegen Mordverdachts.) Auf Antrag einer auswärtigen Behörde ist ein hier ansässiger Mann wegen Mordversuchs festgenommen worden. Der Verhaftete wird beschuldigt, seine Frau von einem Felsen bei Saaleck in die Saale geworfen zu haben. Die Frau erlitt durch den Sturz zwar erhebliche Verletzungen, erreichte aber schwimmend das jenseitige Ufer.

R. **Dessau,** 3. Mai. (Ausbau der Zschornewitzer Kleinbahn.) Die Zschornewitzer Kleinbahngesellschaft G. m. b. H. in Zschornewitz hat an die anhaltische Regierung das Ersuchen um Genehmigung zur Herstellung und zum Betriebe einer normalspurigen Anschlußbahn von Oranienbaum nach Burgkemnitz gerichtet. Die anhaltische Regierung hat diesem Ersuchen, soweit anhaltisches Staatsgebiet in Frage kommt, unter gewissen, leicht zu erfüllenden Bedingungen jetzt stattgegeben. Durch den Bau dieser Bahn wird das reiche Braunkohlengebiet um Zschornewitz, Golpa und Möhlau, aus dem bereits jetzt Berlin seinen Strom bezieht, in direkte Verbindung mit der Hauptbahnstrecke Berlin—Halle gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005051-15/fragment/page=0003
DFG

R. Dessau, 4. Mai. (Der anhaltischen Landesversammlung) ging vom Staatsrat ein Gesetz über die Abänderung des Zivilstaatsdienstgesetzes zu. Der Gesetzentwurf beabsichtigt, das geltende anhaltische Recht mit den Vorschriften der Reichsverfassung und auch der neugeschaffenen anhaltischen Landesverfassung in Einklang zu bringen, indem er als Disziplinarbehörde zwei Instanzen, ein Disziplinargericht und einen Disziplinarhof als Berufungsinstanz schafft. Weiter gingen der Landesversammlung zu: Gesetzentwurf zur Abänderung des Fortbildungsschulgesetzes. Nach § 20 des Fortbildungsschulgesetzes sind die anhaltischen Gemeinden berechtigt, von den Fortbildungsschülern ein Schulgeld zu erheben, und zwar für Fortbildungsschüler ein solches bis 2 Mark, bei kaufmännischen Fortbildungsschülern bis 7,50 Mark vierteljährlich. Lediglich für kaufmännische Fortbildungsschulen mit höheren Lehrzielen ist die Erhebung eines höheren Schulgeldes möglich. Infolge mehrfacher Wünsche schlägt der Staatsrat eine Aenderung des Gesetzes dergestalt vor, daß bei allen kaufmännischen Fortbildungsschulen des Landes die Festsetzung des Schulgeldes ohne gesetzliche Bindung an eine Obergrenze durch Ortssatzung erfolgen kann. Eine Novelle zum Enteignungsgesetz beabsichtigt, die anhaltische Gesetzgebung mit dem Rechtszustand, der in Preußen und anderen deutschen Ländern in bezug auf die Enteignung des Grundeigentums herrscht, in Einklang zu bringen. Das Haushaltsgesetz des Freistaates Anhalt sieht in Einnahme und Ausgabe die gewaltigen Endziffern von 61 585 300 Mark vor gegen 29 540 000 Mark im Vorjahre, mithin ein Mehr von 32 045 300 Mark.

— **Gotha**, 4. Mai. (Ein Ordnungsblock.) Die Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft (Bürgerrat) Gotha schreibt hiesigen Blättern: Die Anregung der Wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Wie wir hören, haben sich die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und der Bauernbund bereit erklärt, zusammen mit der Demokratischen Partei und gegebenenfalls der Partei der Mehrheitssozialisten einen Ordnungsblock mit gemeinschaftlicher Liste für die Landtagswahl zu bilden. Die Antwort der beiden letztgenannten Parteien steht noch aus.

— **Koburg**, 4. Mai. (Die Metallarbeiter) sind heute hier und in der Umgegend in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Stundenlohn von 5 M. Sämtliche größeren Betriebe der Metallbranche sind still gelegt. Auch die Holzarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten, über die am nächsten Mittwoch die Entscheidung fällt.

— **Friedrichroda**, 30. April. (Friedrichrodaer Verkehrswünsche.) Um eine direkte Kraftwagenlinie von Kissingen nach Friedrichroda zur Hebung des Fremdenverkehrs einzurichten, hatte sich die Kurverwaltung mit der Oberpostdirektion Erfurt in Verbindung gesetzt. Bad Kissingen wird die Strecke Kissingen—Meiningen als Kraftwagenlinie aufnehmen, während Friedrichroda eine Verbindung bis Meiningen erstreben soll. Auf die Eingabe ist nachstehende Antwort erteilt worden: „Die Oberpostdirektion wird die früheren Kraftwagenlinien Kleinschmalkalden—Friedrichroda und Schweina—Bad Liebenstein—Friedrichroda in diesem Sommer wieder eröffnen, sie kann jedoch bei der beschränkten Zahl der zur Verfügung stehenden Postkraftwagen der Einrichtung einer Linie Meiningen—Friedrichroda in diesem Sommer nicht nähertreten. Die frühere Privatlinie Friedrichroda—Ohrdruf—Oberhof—Schmücke soll von diesem Sommer ab als Reichslinie betrieben werden. Es wird nunmehr versucht werden, direkte Eisenbahnwagen Kissingen—Friedrichroda in der Hauptkurzeit zu erlangen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des Volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft

Der Verwaltungsbericht für das Jahr 1919 zeigt, daß die Erschütterungen, denen das Wirtschaftsleben im vergangenen Jahre ausgesetzt war, nicht spurlos vorübergegangen sind. Am deutlichsten zeigt sich dies an den beklagenswert niedrigen Erzeugungsziffern, wie sie der Mansfelder Bergbau seit dem Jahre 1880 nicht mehr aufgewiesen hat. Empfindlicher Kohlenmangel zwang zu Beginn des Berichtsjahres die Arbeit auf den Hauptbetrieben auszusetzen. Die ursprünglich nur für eine Woche in Aussicht genommene Stillegung erfuhr infolge des kurz hinterher ausgebrochenen mitteldeutschen Generalstreiks eine ungewollte Verlängerung auf insgesamt 5 Wochen. Starke Abwanderung der Belegschaft in den ersten Monaten des Jahres 1919 nach anderen Arbeitsgebieten, sowie beträchtliche Geldopfer, die der Betrieb des Paulschachtes infolge der ungünstigen Metallgehalte der dortigen Förderung und der damaligen niedrigen Metallpreise brachte, ließen die Stillegung dieses Schachtes geboten erscheinen. Der Betrieb wurde Ende August eingestellt. Am 31. Juli wurde ein Teil der Chlorkaliumfabrik Eisleben durch ein umfangreiches Schadenfeuer vernichtet. Die Wiederinstandsetzung der Anlagen wurde sofort in Angriff genommen, so daß der Betrieb — wenigstens in beschränktem Umfange — am 16. September wieder aufgenommen werden konnte. Die Volleistung der Fabrik wird noch vor Mitte 1920 wieder zu erreichen sein. Der Gesamtumschlag aller Werke hielt sich der Menge nach in sehr bescheidenen Grenzen; sein Wert hat den des Vorjahres wiederum übertroffen. Die Löhne einschl. der Gehälter der Werksbeamten erhöhten sich trotz der Verminderung der Belegschaft für sämtliche Betriebe auf 82 863 520 Mark 69 Pf.

Der Betriebsgewinn beträgt 32 134 307 Mark. Nach den üblichen Abzügen verbleibt ein Rohgewinn von 16 104 644 Mark. Nach Absetzung der Abschreibungen auf Anlagewerte von 5 561 838 Mark verbleibt ein Ueberschuß von 10 542 805 Mark. Nach Ausschüttung der Ausbeute von 150 Mark für den Kux in Höhe von insgesamt 10 368 000 Mark verbleibt ein Vortrag von 231 254 Mark auf neue Rechnung. Die Gewerkschaft verfügt über ein Kapital von 43 055 154 Mark.

Aktiengesellschaften

✱ss. **Sächsische Wollwarenfabrik A.-G. vorm. Tittel & Krüger, Leipzig.** Der Aufsichtsrat will der Generalversammlung vorschlagen, eine Dividende von wieder 10 Proz. zu verteilen und das Aktienkapital von 5 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Auf die alten Aktien entfällt je eine neue zum Kurse von 130 Proz., wozu die Gesellschaft 500 Mark zur Aktie aus dem Ueberschuß beitragen wird.

✱ **Das Elektrizitätswerk Nordhausen** ist mit seinen 20 Angestellten von der Firma Schuckert & Co. am 1. April d. J. von der Stadt übernommen worden. Der Erwerbspreis, der vertragsmäßig das 25fache des Reingewinn-Durchschnittes der letzten fünf Jahre betragen soll, wurde von den Stadtverordneten auf 8¼ Millionen Mark festgesetzt und genehmigt. Es wird erhofft, daß das Werk bei 5 Proz. Verzinsung und 10 Proz. Abschreibungen und Neuanschaffungen einen jährlichen Reingewinn von mindestens 100 000 M für die Stadt abwerfen wird.

Höchster Farbwerke, Höchst a. M. Der Reingewinn betrug nach 15 520 904 M. Abschreibungen 24 216 861 M. (i. V. 14 955 603 M.). Die Dividende soll von 12 auf 14 Prozent erhöht werden. 8 Mill. M. sind für Beamten- und Arbeiterwohlfahrtszwecke zurückgestellt.

Daimler-Motoren-Werke in Stuttgart. Das Geschäftsjahr für 1919 schließt unter Einrechnung des vorjährigen Vortrages um 183 000 M. nach Vornahme der notwendigen Abschreibungen und unter Heranziehung von rund 9 Mill. M. früherer Rückstellungen mit einem Reingewinn von 3 362 175 M. (i. V. 3 503 219 M.) ab. Der Generalversammlung soll der Antrag unterbreitet werden, eine Dividende von 5 Proz. (i. V. 6 Proz.) auf das alte Aktienkapital von 32 Mill. M. zu verteilen.

Kapitalerhöhungen. Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken Akt.-Ges. Zella Mehlis um 750 000 M. auf 2 Mill. M.

Deutsche Fleischpackerei A.-G. in Berlin. Mit einem Kapital von 1 Mill. Mark ist unter dieser Firma ein neues Unternehmen gegründet worden. Gegenstand ist die Fleischversorgung Deutschlands. Das voll eingezahlte Kapital von 1 Mill. Mark ist von den Gründern wie folgt übernommen worden. Fabrikbesitzer Faupel, Grunewald, 350 000 Mk., Fabrikbesitzer Otto Haake, Grunewald, 350 000 Mk., Kaufmann Wilhelm Faupel, Wimbledon-London, 100 000 Mk., Frau Fabrikbesitzer Bernardine Faupel, Grunewald, 100 000 Mk., Frau Lina Haake, Grunewald, 100 000 Mk. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren Josef Faupel, Otto Haake, beide Grunewald, und Fritz Spieker, München.

Königsborn Akt.-Ges. für Bergbau, Salinen und Soolbad-Betrieb. Die umfangreichen Käufe in Aktien der Gesellschaft, die zu starken Kurssteigerungen geführt haben, sollen, wie verlautet, für Rechnung des Klöckner-Konzerns erfolgen.

Industrie, Handel, Handwerk

Betriebsaufnahme stillgelegter Zuckerfabriken. Angesichts der zu erwartenden Zunahme des Zuckerrübenbaues als Folge der erhöhten Rübenpreise werden eine Anzahl Zuckerfabriken der Provinz Sachsen und Anhalt, welche in den letzten Jahren aus Mangel an Rüben stillagen, den Betrieb im Herbst wieder aufnehmen.

Erhöhung der Eisenhandelspreise. Der Westdeutsche Eisenhändlerverband in Düsseldorf hat mit Rückwirkung auf den 1. Mai die Lagerpreise wie folgt erhöht: Stabeisen auf 4350 M., Bandeisen auf 4860 M., Grobbleche auf 5640 M., Mittelbleche auf 6642 M., Feinbleche auf 6720 M., alles pro Tonne in Thomasqualität. Für Siemens-Martin-Qualität mit entsprechendem Aufschlag.

Internationales Seefrachtenabkommen. Aus Washington wird gemeldet: Zwischen Amerika und ausländischen Schiffahrtsgesellschaften ist eine Uebereinkunft über die Festsetzung eines Frachttarifs für die Ozeanschiffahrt abgeschlossen worden, durch die der Konkurrenzkampf auf allen Handelswegen ausgeschaltet wird. An dem Abkommen sind amerikanische, französische, englische, italienische, japanische, norwegische und andere wichtige Gesellschaften beteiligt.

✱ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) — einschließlich der anschließenden Privatbahnen — wurden am 3. Mai für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 5008 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 1757 Wagen zu 10 Tonnen.

✱ **Elektrolytkupfer** (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektr. Notiz) 2512 Mark.

Berliner Börsenberichte

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 4. Mai. Preise für 1000 kg in Mark. Raffinade Kupfer: 1800/1850. Elektrolytkupfer: —. Orig.-Hütten-Weichblei: 700. Remeltid-Platten-Zink: 575—600. Hütten-Rohzink: 775/800. Orig.-Hütten-Aluminium: 3750—3800. Banca-Straits-Billiton-Zinn: 8300—8500, 99% Hütten-Zinn: ———, 99% Rein-Nickel 5200—5400. Antimon-Regulus: 1400.

Hafernotierungen:

Berlin, 4. Mai. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —— loko ab Bahn —— Mk. sofortige Abladung ab Abladestationen 2560—2580. Tendenz: schwach

Devisen-Notierungen:

Berlin, 4. Mai	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	2023,—	2027,—	New-York	55,02½	57,22½
Brüssel-Antwerp.	359,60	360,40	Paris	337,65	338,35
Christiania	1063,75	1066,25	Schweiz	981½	983½
Kopenhagen	929,—	931,—	Spanien	934,—	936,—
Stockholm	1173,75	1176,25	Wien (altes)	20,98	21,02
Helsingfors	292,20	292,80	Oesterreich abgest.	26,22	26,28
Italien	249,75	250,25	Prag	87,40	87,60
London	213,75	214,25	Budapest	23,97	24,03

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	75,90
5% Deutsche Reichsanl.	79,75
4 " "	75,90
3½ " "	67,75
3 " "	74,50
4 Preuss. Konsols	76,—
3½ " "	63,50
3 " "	60,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	98,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	101 50
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	103,—
4 Preuss.-Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—
4 " "	97,75
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	30,—
4 Ungar. Gold-Rente	63,—
4 Ungar. Kronen-Rente	—,—
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	100,25
Halle-Hettstedter	—,—
Schantungbahn	532,—
Allg. Lokal-Str	125,25
Gr. Berl. Str.	138,—
Magdeburger Str.-B.	146,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—
Orientbahn	222,75
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	189,50
Hambg.-Südamerika	265,—
Hansa-Dampfschiff	393,50
Nordd. Lloyd	183,—
Banken:	
Bank für Thür.	166,—
Berl. Handelsges.	200,—
Comm u. Diskontobank	190,—
Darmstädter Bank	159,—
Dess. Landesbank	135,—
Deutsche Bank	312,—
Diskonto-Comm.	218 50
Dresdner Bank	196,—
Credit-Anst. Leipzig	176,50
Mitteld. Kreditbank	156,50
" Privat-Bank	183,50
Nationalbank	149,—
Oesterr. Kredit	105,—
Reichsbank	156,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	254,—
Akt. f. Anilin	390,25
Allgem. Elektr.-Ges.	348,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	209,—
Annaberger Steingut	325,—
Badische Anilin	583,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	249,75
Berl. Masch.-Bau	323,25
Bismarckhütte	393,—
Bochumer Gußstahl	329 7/8
Chem. Fabrik Buckau	247,—
Chem. Griesheim	320,—
Chem. v. Heyden	343,—
Consolidation Schalke	525,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	265,—
Deutsch-Luxemburg	[illegible]

Deutsche Uebersee-El.	1065
Deutsche Erdöl	811,—
Deutsche Gasglühl.	—,—
Deutsche Kali	445,—
Deutsche Waff. u. Mun.	418,50
Donnersmarkhütte	360,—
Döring u. Lehrmann	156,75
Dürkoppwerke	—,—
Elberfelder Farben	439,—
Engelhard Brauerei	253,—
Felten u. Guilleaume	505,—
Gasmotoren Deutz	220,—
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	275,—
Gelsenkirch. Bergb.	315,—
Glanziger Zuckerfbr.	582,—
Hallesche Masch.-Fabr.	453,50
Hann. Masch.	385,—
Harpener Berg	300,—
Hasper Eisen	500,—
Hirsch Kupfer	308,—
Höchster Farbw.	399,50
Hoesch Eisen u. Stahl	338,50
Hohenlohe-Werke	199,50
Humboldt-Masch.	800,—
Ilse-Bergbau	368,—
Kahla-Porzellan	570,50
Kaliw. Aschersleben	430,—
Körbisd. Zucker-Akt.	325,50
Kyffhäuserhütte	215,—
Lahmeyer u. Co.	206,—
Lauchhammer	353,—
Laurahütte	270,—
Lingel. Erfurt	235,—
Linke u. Hofmann	855,—
Ludwig Loewe u. Co.	300,—
Lothringer Hütte	308,50
Mannesmannröhren	413,—
Maschinenfabr. Buckau	290,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	321,—
do. Caro Heg.	279,50
do. Kokswerke	408,50
Orenstein u. Koppel	290,—
Phönix-Bergb.	459,—
Rhein. Metall-Vorz.	261,—
Rhein. Stahlwaren	327,—
Riebeck. Montan	300,—
Rombacher Hütten	300,—
Rositzer Braunk.	325,—
Rositzer Zucker	—,—
Sangerhäuser Masch.	401,—
Hugo Schneider u. Co.	320,—
Schuckert u. Co.	200,25
Siemens u. Halske	331,50
Stettiner Chamotte	308,—
Stettiner Vulkan	246,50
Stollberger Zinkh.	296,—
Strals. Spielkarten	—,—
„Terra", Samen-A.-G.	266,—
Thale-Eisenhütte	419,50
Triptis-Akt.-Ges.	275,—
Türkische Tabakregie	987,—
Ver. Köln-Rottweiler	309,75
Glanzstoff Elberf.	1070
Wegelin u. Hübner	189,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	745,—
Wittener Gußstahl	800,—
Wrede-Mälzerei	130,—
Zeitzer Masch.	455,—
Zellstoff Waldhof	294,75
Otavi-Minen	1020

Tendenz: fest.

Börsenstimmungsbild. Die Unsicherheit, die in weiten Kreisen des Handels und der Industrie über die Gestaltung der Preisverhältnisse an den Rohstoff- und Warenmärkten für die nächste Zukunft besteht, ist in Verbindung mit der dadurch weise bedingten hochgradigen Zurückhaltung des früher so unternehmungslustigen Privatpublikums der tiefere Grund der zeit an der Börse herrschenden Geschäftsstille. Heute war die Kursbildung anfangs wenig einheitlich. Doch hielten sich die Kursveränderungen, der Geringfügigkeit des Umsatzes entsprechend, in ziemlich engen Grenzen und erreichten nur in wenigen Fällen 10 Prozent. Feste Haltung zeigten für Elektro-, Kali-, Bank- und Petroleumwerte. Dagegen waren Schiffahrtswerte, Auslands- und Valutapapiere fast durchweg mehr oder minder stärker im Kurse rückgängig. Als aber im Verlaufe der ersten Börsenstunde ganz unvermittelt in Gelsenkirchener bei einem Kurssprung von 18 Proz. nach oben stärkere Käufe erfolgten, befestigte sich der Montanmarkt und besonders Deutsch-Luxemburger und Phönix. Aber auch auf den übrigen Marktgebieten griffen die Besserungen über, so daß die ... mit geringen Ausnahmen mäßige Aufbesserungen erzielten. Für die Kauflust in Gelsenkirchener usw. wurden Gerüchte von der Bildung eines internationalen Eisensyndikats und der Verwirklichung der bereits seit längerer Zeit schwebenden Zusammenfassung großer Montankonzerne ins Feld geführt. Der heimische Rentenmarkt zeigte feste Haltung, besonders für Anleihen. Dagegen waren Mexikaner schwächer, österreichische und ungarische Werte mit Ausnahme von Lombarden ... Prioritäten befestigt.

Produktenbericht. Am Hafermarkt wurden gestern nach Feststellung der amtlichen Notiz größere Mengen auf Abladung bis zu 131 Mk. für den Zentner herab gehandelt, und heute stellten sich die Preise noch weiter niedriger. Da aber die Inlandsofferten geringfügig waren, zeigten sich zu den niedrigeren Preisen im Verlaufe keine Abgeber mehr. Das Lokogeschäft ist infolge des Streiks der Arbeiter in den Speichern ins Stocken gekommen. In Hülsenfrüchten sind zu den für Auslandsware gegenwärtig geltenden Preisen Exportabschlüsse, besonders in Rangoonbohnen, zustandegekommen. Sonst hat sich nicht verändert.

Vom Büchertisch

Der Maler Feuerbach. Leben, Briefe, Aufzeichnungen. Ein Buch des Andenkens für das deutsche Volk. Ausgewählt und herausgegeben von Karl Quenzel. Leipzig, Hesse & Becker Verlag. 460 Seiten. Mit 3 Bildnissen und 21 Abbildungen. Geb. 18 Mk. — Anselm Feuerbach, der Schöpfer der „Iphigenie" und des „Gastmahls des Plato", war nicht bloß ein großer Maler, sondern auch ein bedeutender Mensch. Von ihm gilt, was Goethe von Schiller gesagt hat: „Das war ein rechter Mensch, und so sollte man auch sein!" In seinen Briefen und seinen Aufzeichnungen offenbart sich eine reine, immer nach dem Höchsten strebende Seele. . . . Das vorliegende Buch, das sich an die weitesten Kreise wendet, bietet nach einer trefflichen Gesamtwürdigung von Feuerbachs Schaffen eine reichliche Auswahl aus den Briefen (mit längeren Einführungen in die einzelnen Lebensabschnitte), die höchst merkwürdigen Aufsätze und Aphorismen des Künstlers und wundervolle Briefe des Großvaters und des Vaters Anselm Feuerbachs. Erläuterungen und eine Uebersicht über die Feuerbach-Literatur machen den Schluß; sie werden denen willkommen sein, die sich näher mit dem Gegenstand beschäftigen wollen. 24 Abbildungen führen die besten Werke des Meisters vor Augen. Das wertvolle Buch darf warm empfohlen werden.

— **Der neue Blaubart.** Roman von Georg Freiherr von Ompteda. Verlag von Egon Fleischel & Co., Berlin W. 9. 6 Mk. — Jener Blaubart, dessen Sage sich an ein Schloß knüpft, das im Frankreich des Marquis de Sade wirklich gelebt hat, ist dem Dichter zum Symbol des Seelenmörders geworden. Zwölf verschiedene Frauen versüßen und verbittern das Leben eines Mannes, in dem der Dichter den Typus schildert, der in der Weltliteratur immer und immer wieder aufgegriffen worden ist. Aber Ompteda hat ihm die eigene deutsche Note aufgeprägt. Der Frauenliebhaber und Frauenverächter, der so viele Frauen seelisch getötet hat, wird von der letzten selbst getötet, aber es ist nicht mehr die Frau, an die ihn leidenschaftliche Sinnlichkeit knüpft, sondern es ist die, für die er zum erstenmal eine Liebe empfindet, die über alles Irdische sich erhebt, es ist sein eigenes Kind. Ohne moralisierend zu sein, gibt der Dichter seinem Roman einen tiefen sittlichen Grundgedanken. In einem gehobenen dichterischen Stil geschrieben, wirkt es wie ein Gedicht und zeigt den Dichter des deutschen Adels von einer neuen Seite und in einem neuen hellen Lichte.

Das literarische Echo. Halbmonatsschrift für Literaturfreunde. (Begründet von Dr. Josef Ettlinger. Herausgegeben von Dr. Ernst Heilborn.) Verlag: Egon Fleischel u. Co., Berlin W. 9. Das 1. Aprilheft ist soeben mit folgendem Inhalt erschienen: Eduard Berend: „Auch Einer"; Guido K. Brand: Die Welt im Licht; Franz Strunz: Der Weltkreis in Bildern; Julius Hart: Arthur Rehbein; Ernst Heilborn: Berlin und ... Straße; Arthur Eloesser: Der Mann ohne Schatten; C. F. W. Behl: Neues aus Alt-Berlin; Fritz Th. Cohn: Das deutsche ... im Ausland. — Echo der Bühnen (Berlin, Königsberg i. Pr., Meiningen, Mannheim, Würzburg, Freiburg i. B., Hamburg, ...burg, Barmen, Düsseldorf). — Echo der Zeitungen (Richard ...mel, Adolf Frey, Verschiedenes). — Echo der Zeitschriften (Vivos voco, Die Rampe, Quickborn, Die neue Zeit, Schöpfung, Der Zuschauer). — Echo des Auslandes (Französischer Brief). — Kurze Anzeigen von H. W. Keim, Franz Graetzer, Paul Leppin, Paul Friedrich, Kurt Münzer, Ernst Lissauer, Artur Brausewetter, Hans F. Helmolt, Guido K. Brand. — Nachrichten. — Der Büchermarkt.

—**Inflation und Geldentwertung.** Finanzielle Maßnahmen zum Abbau der Preise. Von Dr. W. Prion. Verlag von Julius Springer, Berlin. (126 Seiten, Preis 6,40 Mark.) Der Verfasser legt die Gedanken nieder, die er während seiner Tätigkeit im früheren Reichsschatzamt vertreten hat. An Hand der tatsächlichen deutschen Kriegswirtschaft lernt man im ersten Teil der Schrift das Wesen und den Umfang der Inflation sowie deren Einfluß auf die Preise kennen. Verf. tritt denen gegenüber, die die Inflation in einer Aufblähung des Geldumlaufs sehen. Die Notenmenge ist die Folge, nicht die Ursache der Inflation. Das Wesentliche bei der Einwirkung der Inflation auf die Preise ist, daß die gesteigerte Kaufkraft des Käufers auch in einem Kaufwillen erscheint. Der zweite Teil enthält die finanziellen Maßnahmen, die zum Abbau der Preise nötig sind. Von den finanziellen Maßnahmen ist augenblicklich kein allgemeiner durchgreifender Rückgang der Preise zu erwarten. Dieser kann nur von der Warenseite erfolgen: Vermehrung der Güter. — In einem Anhang behandelt der Verfasser noch den Einfluß der finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages auf die Geldentwertung und Entwicklung der Preise. In sehr klarer kaufmännischer Weise werden die Leistungen Deutschlands dargelegt. — Die Verarmung und Ausbeutung, die sich als Folge des Vertrages ergeben, stehen dem Rückgang der Preise und der Geldwertbesserung entgegen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, ... wirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. Druck: Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192005051-15/fragment/page=0004